

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Grenzstr. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postredaktion:  
Dresden 1530.  
Girofasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 83.

Freitag, 10. April 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Probationsverhandlungen, Erhöhungen der Wöhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Feste für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Gründchris-t-Hölle (6 Silber) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Namenszeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Weitläufige Unterhaltungsbeiträge — der Verleger an der Elle". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Sitzungen des Betriebes der Druckerei, der Dresdner oder der Versicherungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die mittlere Reife.

Bemerkungen zur neuen Schulvereinbarung der deutschen Länder.

Von Peter Wollram.

Der Druck des politischen und wirtschaftlichen Lebens steht gegenwärtig so schwer auf uns, daß wir für Fragen geistiger und erzieherischer Natur weit weniger Interesse aufzuzeigen, als es sonst eigentlich im Wesen des Deutschen liegt. Welche Auswirkung umbrachte nach der Revolution den Kampf um die neue Schule? Damals bis man sich noch auf Nebenfragen mit einer Einschlaflosigkeit und gründlichen Unerbittlichkeit fest, die heute schon fast etwas komisch wirken. Man sucht um die Freiheit und die geistigen Grundrechte der Persönlichkeit, man schreibt alle Rechte des Generationenproblems heraus. Nichts scheint falscher als das Wortwort, daß das Kulturreben der Menschheit nur wie ein Oberbau über dem schweren Unterbau der sozialen Klassenkämpfe ruht. Der Geist, sowohl der individuelle wie der der Massen, hatte überall das Prinzip. Und heute? Rüdigkeit und Zahl der gegenwärtig noch Erwerbslosen nähert, sind die Zukunftsaussichten unserer Akademiker, Studenten, Abiturienten, Primarier und Mittelschüler düster als zuvor. Ostern 1931 verliehen 50.000 Abiturienten die höheren Schulen gegenüber 15.000 im Jahre 1918. Im Sommersemester 1930 betrug allein die Zahl der männlichen und weiblichen Philologiestudenten 2000 mehr, nämlich 17.000, als die Gesamtzahl der deutschen Abiturienten von 1918. Welches Elternhaus weiß heute, ob die Kinder, die man mit Erlebnissen und Sorgen durch die Klassen der höheren Schulen aufwärtsgeführt hat, wirklich noch das erwünschte Examen schaffen werden oder, wenn es ihnen gelingt, ob sie eine auch nur einigermaßen der Vorbildung entsprechende Anstellung erreichen können? In einem Ausmaß, wie nie zuvor, beherrscht die wirtschaftliche Not das vielfach umgedrehte Feld des geistigen Lebens. Man fragt schon nicht mehr: Was soll der Schüler als Mensch lernen?, sondern: Wie bereiten wir ihn genugend für die Anforderungen der Wirtschaft vor.

Das unter diesen Umständen eine völlige Umstellung unserer heutigen Schuleinrichtungen und Schulzwecke erfolgen muß, ist jedem Einsichtigen klar. Das viel berausene Schlagwort der "Nationalisierung" wandert aus dem Kreise der Wirtschaft, wo es heute schon überholt ist, in den Kreis der Schule fort. In der Schule sucht man nach den individuellen Mannigfaltigkeit unserer neuen Schultypen zu reißen. An der Aenderung der Examina, wie überhaupt der Auslesebestimmungen, kommt man aber nicht mehr vorbei. Während sich von unten die Befürchtungen von Schülern in die Schulen drängen, senkt sich von oben ein eisernes Sperrgitter rücksichtslos herab. Wenn heute schon für mittlere Berufe das Abitur verlangt wird, ist sein Wert nur zu retten, wenn man es erbarmungslos verschärft und alle nicht ganz Bereitnen wenn möglich schon vor der Prüfung nach Hause schickt.

Mit der Auslese ist es allerdings auch nicht getan! Man kann zwar den Übergang von der Grundschule zur höheren Schule und dann wieder zur Oberstufe der höheren Schule ermöglichen, was wird aber dann mit jenen oft hochbegabten Schülern in den Aufbauschulen der Volkschulen, den preußischen Mittelschulen und den ihnen entsprechenden mittleren Schulsystemen, sowie in den Hochschulen? In diesen Schulen wird doch gerade der lebenspraktische Teil unseres Nachwuchses herangebildet. Wo gibt es aber hier ein Kriterium, das den Arbeitgeber, der Wirtschaft vor allem, eine Auswahl nach den Geschäftspunkten der besten Eignung ermöglicht? Die vielen Reifegrade, die Obersekunda- und Untersekunda-rie, die Obersekunda-Unterprimaria, ja sogar Oberprimaria sind kein solches Kriterium. Wenn man nach ihnen die Abschlußzeugnisse der Fachschulen z. B. benötigt, orientiert man sich in völlig unzähliger Weise nach einem durchaus fremden Erreichungssystem. Hier läuft also eine Lücke und es ist zu begrüßen, daß an dieser Stelle durch die neue Schulvereinbarung der deutschen Länder das System der "mittleren Reife" eingeschaltet wird. Gewiß, das alte Einjährigengenügen wird hier gleichsam hinaufgehoben wieder in die neue Schulordnung eingeschmuggelt. Aber wenn man recht sieht, ist es doch nicht ganz das alte "Einjährige". Der grundlegende Unterschied besteht darin, daß die neue "mittlere Reife" nicht ihre Berechtigung vor dem Schulsystem der höheren Schule hernimmt, sondern daß in ihr grundsätzlich anerkannt wird: Die Abschlußzeugnisse eines dreijährigen Volkschulabschlusses, der preußischen Mittelschulen, bestimmter Fachschulen und anderer in der Vereinbarung aufgenommenen Schulsysteme, seien im Hinblick auf Beruf und Leben durchaus gleichwertig neben den Obersekunda- und Untersekunda-rie der höheren Schule. Die mittlere Reife wird also hier gleichsam auf der breiteren Basis unserer Mittelschulen und Aufbauschulen als ein durchaus in sich geschlossenes und völlig unvergleichliches Bildungsziel stabilisiert. Die Tteilung unserer Volksbildung in eine Volkschulbildung, eine mittlere Bildung und eine höhere Bildung wird mit der neuen Vereinbarung zum mindesten theoretisch sichergestellt.

Die Frage freilich, die hier sofort erhoben werden darf, lautet: Und die Praxis? Kann wirklich eine solche Verordnung ohne grobe Feigigriffe die Kinder aufsichtsreichen Bildungszielen ausführen? Wird dadurch der Berechtigungsgrund bestätigt? Wird auch die Wirtschaft, werden die Behörden und die Arbeitgeber mitmachen? Hier sind

## Evangelischer Reichselterntag über Jugenderwerbslosigkeit und Gottloben-Propaganda.

Obwohl der Evangelische Reichselternbund hielt seine diesjährige Reichstagung in Bad Harzburg ab. Die Tagung war in erster Linie der Aussprache über die Gottloben-Bewegung gewidmet. In internen Beratungen wurde jedoch vorher auch die Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen behandelt.

Frau Bertha Kind, die Vorsitzende im Zentralausschuß für innere Mission, bildete den erfreulich hohen Stand der Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen und schätzte die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen auf etwa 600.000. Im Mittelpunkt der eingeleiteten Diskussion stand die berufliche Fortbildung. Die Erwerbslosen-Freizeiten, die vor allem von den freien und konfessionellen Verbänden getragen würden, sollten den Jugendlichen Gelegenheit zur Aussprache über weltanschauliche und praktische Lebensfragen bieten. Die Arbeitslosigkeit könne zum Donauit des Familienlebens werden, wenn die Eltern es an Vorhinkind für die seelische Not ihrer Kinder schließen ließen. Es sei Pflicht der Eltern, sich energetisch darum zu kümmern, wie die arbeitslosen Kinder ihre Freizeit verbringen.

Zur Gottloben-Propaganda wurde eine Reihe von Referaten gehalten, an die sich eine Aussprache über eine umfassende Abwehr- und Angriffsbasis der Elternschaft anschloß. In den Reden kam zum Ausdruck, daß die Gottlobenbewegung eine Gefahr für die deutsche Kultur sei, die nicht ernst genug genommen werden könnte. Wie standen vor einer ganz großen Epoche der Glaubenskämpfe, wie sie in solcher Stärke die Geschichte der christlichen Kirche bisher nicht erlebt habe. Das geistige Leben in der Gottloben-Bewegung sei der blühende Nationalismus und Radikalismus, mit dem der Kampf gegen alles Bestehende geführt werde. Weitere Redner sprachen von der sowjetrussischen Pädagogik, ihrer alles vernichtenden Tendenzen und brutalen Knechtung der freien Persönlichkeit. Die Volkswirtherung Deutschlands sei bereits soweit vorgeschritten, daß im Falle eines

Generalangriffs die Hälfte des deutschen Volkes dem Willen des Bolschewismus verfallen erscheine.

Der Reichselterntag beriet dann Richtlinien einer einsheitlichen Gegenaktion, in denen zum Ausdruck gebracht wird, daß die evangelischen Elternverbände das Gebot der Stunde erkennen und sich entschlossen an die Spitze des Kampfes gegen die Gottlobenfront stellen. Die Organisation der Elternverbände soll entsprechend ausgebaut werden.

### Über Kinderlagerbewegung und Rundfunkfragen.

Im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen beschäftigte sich der Evangelische Reichselterntag in Bad Harzburg mit der modernen Kinderlager-Bewegung. Aus den Beichten ging hervor, daß die evangelischen Elternverbände während der letzten Jahre die Ferienfürsorge für die schulpflichtige Jugend plausibel ausgebaut und in Form von evangelischen Kinderlagern verwirklicht haben. Was die evangelische Arbeit grundsätzlich von der sozialistischen unterscheidet, sei der Besichtigung auf jede politische Beeinflussung oder gar auf Massenkämpferische Erziehung der Jugend. Überster Zielgebot sei vielmehr die Gläserne zur

Zeitung und der Mitarbeit der evangelischen Elternschaft an der Beziehung der modernen Rundfunkkultur. Es wurde an das englische Vorbild erinnert, wo die Morgenandacht einen festen Platz im täglichen Programm der Sender habe. Die Bildung von Hörergemeinschaften sei ein Mittel, um ein engeres Verhältnis für die durch den Rundfunk vermittelten Kulturgüter anzubauen. Die evangelische Hörerschaft bekannte sich zu dem Gedanken einer gesunden und aufbauenden Rundfunkkultur und sei bereit, an der Kulturmision des Rundfunks mitzuwirken.

## Frontrechts Präsident gegen Abrüstung und Zollunion.

Paris. Der Präsident der Republik hielt in Paris bei einem Empfang, der anlässlich eines Besuchs von den Behörden veranstaltet wurde, eine Rede, in deren Verlauf er auch auf politische Fragen einging.

Der französische Präsident, so führte er aus, sei nicht aggressiv, er sei für niemanden gefährlich. Er strebe nicht danach, Frankreich über alle Länder emporzuheben und den anderen Ländern die Hegemonie Frankreichs aufzuzwingen. Er wolle Frankreich nur den Platz sichern, auf dem es ein Anrecht habe. Er wolle die Unabhängigkeit Frankreichs aufrecht erhalten, auf die es nicht verzichten könne, und er wolle die volle Sicherheit, die Frankreich unabdinglich braucht, um zu arbeiten, sich im Frieden zu entwickeln und in großstädtischem Maße an dem Fortschritt und dem Glück der Menschheit mitzuwirken. Frankreich habe zu sehr unter dem Kriege gelitten, als daß es nicht den Wert des wohltuenden Friedens schätzt. Ein dauerhafter Frieden sei aber nur möglich, wenn die Sicherheit der Grenzen völlig gewährleistet sei. Die französische Regierung sei daher im Recht, solange diese Sicherheit selbst zu verwalten, wie der Völkerbund nicht über eine Militärmacht verfüge, die es ihm erlaube, seine Entschlüsse denjenigen aufzuzwingen, die sich ihnen nicht freiwillig beugen und wo in das gleiche Recht Deutschlands? Die Red. Doumergue fuhr wütend fort: "Wir haben um so mehr das Recht, so zu denken, als wir uns höchst vor einem Ereignis sehen, dessen gegenwärtige Bedeutung und dessen Folgen wir um so weniger unterschätzen dürfen als die Ge-

schichte des Landes, in dem es sich anträgt, bereits einen bedeckenden Präsidentenfall anstreift, den zu vergessen für uns gefährlich sein könnte."

Mit diesem gewundenen Satz spielete Doumergue auf die deutschösterreichische Solidarität und auf die Geschichte des deutschen Volkvereins an. Der gesunde Menschenverstand — so schloß er — müsse Frankreich zu der Überzeugung bringen, daß ein Land, das so viele traurige Erfahrungen über sich habe ergehen lassen müssen, nicht das Recht habe, seine materielle Macht unter die Bedürfnisse seiner Sicherheit herabzuheben, solange eine starke internationale Macht nicht ins Leben gerufen sei.

\* Paris. Die ganz unerwartete politische Rede des sonst zurückhaltenden Präsidenten der Republik findet hier um so stärkere Beachtung, als man darin tatsächlich eine Art "Bermächtnis an die Nation" erblickt. In politischen Kreisen wird hingestellt, daß diese Kundgebung von höchster Stelle zweifellos nicht spontan erfolgte, sondern das Ergebnis eingehender Besprechungen im Schole der Regierung gewesen sei. Man habe die Gelegenheit wahrgenommen, um die Haltung der französischen Außenpolitik in Gegenwart und Zukunft noch einmal autoritativ festzulegen. In diesem Sinde gewinnen die Aeußerungen Doumergues zur Abrüstungsfrage höchste Bedeutung. In die nächste Sprache des Alltags überlegt, bedeuten seine Ausführungen über die Rolle der Militärmacht Frankreichs ein unumwundenes Kennzeichen zur bisherigen französischen Sicherheitspolitik und gegen die Abrüstung.

durch Besichtigung des Doppelvertrags. Die Sonderveröffentlichung kann von der Geschäftsstelle des Reichsarbeitsblattes Berlin NW 10, Scharnhorststraße 15, bezogen werden.

### Reichstagspräsident Löbe in Genf.

Genf. (Funkspruch.) Reichstagspräsident Löbe ist mit einigen anderen Abgeordneten des Deutschen Reichstages zur Teilnahme an einer Sitzung des Verwaltungsrates der Interparlamentarischen Union in Genf eingetroffen.

### "Graf Zeppelin" über Tripolis.

Hamburg. (Funkspruch.) Nach einer bei der Hamburg-Amerika-Linie eingetroffenen Meldung befand sich das Luftschiff "Graf Zeppelin" heute früh über Deugash, der Hauptstadt der türkisch-nordafrikanischen Provinz Barka, auf der Strecke Tripolis-Kairo. Das Luftschiff macht sehr schnelle Fahrt und wird heute nachmittag bereits ägyptisches Gebiet erreichen.

### Der erste Teil des Gutachtens zur Arbeitslosenfrage erschienen.

Berlin. (Funkspruch.) Der von uns in seinen wesentlichen Zügen bereits bekanntgegebene erste Teil des Gutachtens der unter dem Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers Brauns tagenden Gutachterkommission ist loschen als Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes erschienen. Sie umfaßt in 18 eng bedruckten Seiten die Vorlage der Gutachterkommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit und